

Fachtagung „Gesundheitsrisiken in Riesa“ von BUND und DGUHT

Am 23.5.2009 veranstalteten der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) und die Gesellschaft für Umwelt und Humantoxikologie Deutschland e.V. (DGUHT) eine Fachtagung zu Gesundheitsrisiken in Riesa (Sachsen). Auf der Fachtagung wurden Fragen von Gesundheitsrisiken für die Wohnbevölkerung infolge der intensiven industriellen Nutzung des Standortes behandelt.

Neben interessierten Bürgern nahmen auch Landes- und Kommunalpolitiker teil. Initiiert wurde die Tagung durch die mitveranstaltende „Bürgerinitiative für eine lebenswertere Umwelt“. Diese wurde gegründet, weil es beim Betrieb des Stahl- und Walzwerkes der Fa. Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH (ESF) in der Vergangenheit nachweislich zu massiven Grenzwertüberschreitungen bei Luftschadstoffen, insbesondere von Dioxinen und Furanen gekommen ist. Hans-Udo Weiland, Landesvorsitzender des BUND Sachsen, eröffnete und leitete die Veranstaltung.

In seiner Eröffnungsrede beschrieb er die Situation in Riesa als ein schwerwiegendes Umweltproblem in Form einer weiträumigen Kontamination von Boden und Luft mit gesundheitsschädigenden Schadstoffen und warf den zuständigen Behörden und der Politik schwere Versäumnisse vor. Er kritisierte scharf eine alleinige Ausrichtung des Behördenhandelns am Schutz von Arbeitsplätzen unter Inkaufnahme einer Gefährdung der Gesundheit der Bürger.

Prof. Dr. Hubert Weiger, Bundesvorsitzender des BUND, sprach über Leitbilder für ein „Zukunftsfähiges Deutschland“. Er skizzierte ein Konzept des ökologischen Wohlstandes, das bestehend aus einem Dreiklang von weniger Ressourcenverbrauch, naturverträglicher Produktion und einer verantwortungsvollen Selbstbegrenzung des Einzelnen die Voraussetzungen für eine ökologische Wohlstandsgesellschaft schaffen soll. Dabei forderte Prof. Weiger eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs um mindestens 60%, eine Ausrichtung des technischen Fortschritts auf die Verbesserung der Ressourceneffizienz und Investitionen zur Anhebung der Umweltstandards. Prof. Weiger forderte, die Natur als Säule der Wirtschaft anzuerkennen und deren tatsächlichen wirtschaftlichen Wert zu ermesen.

Rechtsanwalt Wolfgang Baumann, Würzburg, versicherte den Betroffenen die Unterstützung der interdisziplinären Gesellschaft bei ihrem Anliegen der Luftreinhaltung. Rechtsanwalt Baumann referierte sodann zum Thema „Anlagenplanung und Schutz

der Anlieger vor gesundheitsgefährdenden Schadstoffen“. Er skizzierte umfassend die landesplanerischen und raumordnungsrechtlichen Vorgaben und die bauplanungsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung von Stahlwerken und erläuterte die sich im Genehmigungsverfahren speziell in diesem Industriezweig regelmäßig stellenden Probleme.

Ein Schwerpunkt der Darstellung bildeten die beim Betrieb von Stahlwerken typischerweise auftretenden Schadstoffe, wie Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, Feinstaub, Schwermetalle sowie Dioxine und Furane, und die hierfür einschlägigen rechtlichen Regelungen, wie die 22. BundesImmissionsschutzverordnung (22. BImSchV). Baumann benannte klar die beim Stahlwerksbetrieb in Riesa vorhandenen Emissionsquellen. Er zeigte auf, dass die Dachluken der Produktionshalle des Werkes, die Schrotthalde und die Schrottplätze, vor allem aber auch das Fallwerk und der Schredder verantwortlich für einen erheblichen Anteil der von dem Werk ausgehenden Emissionen sind und rügte massive Fehler im Genehmigungsverfahren.



Rechtsanwältin Franziska Heß (Baumann Rechtsanwältin Würzburg), erläuterte das Rechtsinstitut der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) am Beispiel von Stahlwerken. Sie skizzierte den europarechtlichen Hintergrund der UVP und beschrieb deren Phasen der Ermittlung, Beschreibung und Bewertung von Umweltauswirkungen. Am Beispiel der für die Erweiterung der ESF im Genehmigungsverfahren durchgeführten UVP wurden Fehlerquellen bei der Ermittlung der Vorbelastung und bei der Prognose der zukünftigen Umweltauswirkungen dargestellt. Einen Schwerpunkt der Darstellung bildete die Ermittlung und Bewertung von Lärmbelastungen nach der TA Lärm im Rahmen der UVP.

PD Dr. Hermann Kruse, international anerkannter Toxikologe der Universität Kiel und Mitglied des

IMPRESSUM

Herausgeber:
BUND Sachsen e.V.
Henriettenstrasse 5
09112 Chemnitz
verantwortl. Redakteurin:
Kerstin Treptow
Tel: 0371 - 30 14 77
Fax: 0371 - 30 14 78
www.bund-sachsen.de
bund.sachsen@bund.net

Wissenschaftlichen Beirats der DGUHT, präsentierte eine ökotoxikologische Bewertung der Schadstoffbelastung und des Gefährdungspotenzials im Raum Riesa. Er sprach über Stäube, Dioxine und Metalle und erläuterte Sinn und Zweck von Vorsorgewerten aus toxikologischer Sicht.

Dr. Kruse beschrieb u.a. die Anreicherung von Dioxinen in den Nahrungsketten, die besondere Toxizität von eingeatmetem Quecksilber und sprach über durch Bleitoxizität ausgelöste kognitive Entwicklungsstörungen bei Kindern. Dr. Kruse bemängelte insbesondere das Fehlen systematischer, jahreszeitlicher Untersuchungen der Schadstoffdepositionen in Riesa und rügte, dass den bei punktuellen Luftmessungen und Staubmessungen festgestellten hohen Spitzenwerten nicht nachgegangen wurde. Insgesamt machte er deutlich, dass am Standort Riesa eine hohe Schadstoffbelastung anhand der bisher vorhandenen Messwerte festgestellt werden könne, die dringend einer umfassenden Ermittlung bedürfe. Lars Stratmann, Mitarbeiter des Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung in Dresden, berichtete über Umweltstandards in der Städteplanung. Er beschrieb aktuelle Ziele und Visionen in der Städteplanung und zeigte Möglichkeiten auf, durch eine ökologisch ausgerichtete Städteplanung Umweltkonflikte bereits im Vorfeld auf planerischer Ebene zu vermeiden.

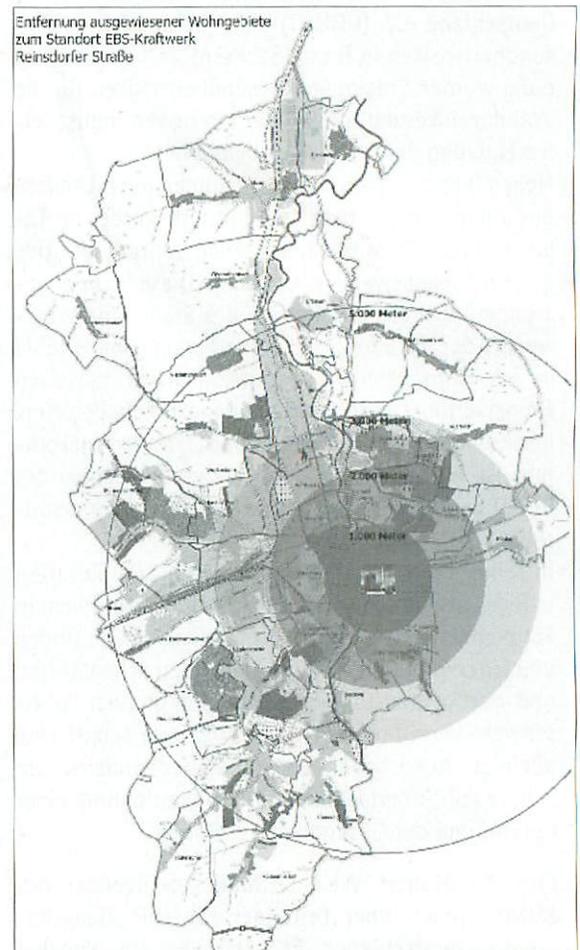
Regionalgruppe Riesa

Soll Zwickau die Müllkippe Westsachsen werden?

Seit dem Spätsommer 2008 ist bekannt, dass die Zwickauer Energieversorgung ZEV, die Errichtung eines Ersatzbrennstoffwerkes zur Energieversorgung (Wärme und Strom) geplant haben. Hier sollen 60.000 Tonnen vorsortierter Restmüll, auf „neudeutsch“ Ersatzbrennstoff, pro Jahr verbrannt werden. Das geplante Ersatzbrennstoffwerk soll in weniger als einem Kilometer Entfernung zum historischen Altstadt kern Zwickaus errichtet werden. Zwickau ist durch seine industrielle Geschichte bereits sehr stark geprägt. „Ruß- Zwickel“ ist noch vielen Einwohner bekannt und hat zumindest im sächsischen Raum vor der Wende traurige Berühmtheit erlangt. Große Teile der nun betroffenen Stadtgebiete sind dicht besiedelt und liegen im Talkessel der Zwickauer Mulde.

Der Betrieb dieser Abfallverbrennungsanlage und der damit verbundene kontinuierliche LKW-Lieferverkehr des Mülls bzw. der Abtransport der Verbrennungsrückstände würden auch die Naherholungsregion rund um das schöne Zwickauer Muldenufer nachhaltig beeinflussen. Für einen Havariefall (etwa

einen Brand im Bunker oder ein Störfall bei der Rauchgasreinigung) wären die Folgen unabsehbar. Die zur Verbrennung benötigten Abfallmengen (60.000 bis 80.000t / Jahr) fallen weder in Zwickau noch in der näheren Umgebung an.



Der Brennstoff muss von Abfalllieferanten bezogen werden, ein Mülltourismus wäre die Folge. Die Stadt Zwickau selbst hat etwa 10.000t Müllaufkommen jährlich, Tendenz sinkend. Zudem ist der Zwickauer Müll durch langfristige Verträge gebunden und steht hier nicht zur Verfügung. Da selbst Fachkreise bezweifeln, dass sich Schadstoffgehalte im Input dieser Verbrennungsanlagen wirksam kontrollieren lassen, können gesundheitliche Risiken bei der Verbrennung niemals ganz ausgeschlossen werden. Die meisten Anwohner in den betroffenen Stadtgebieten fürchten daher, unabhängig von den derzeit laufenden behördlichen Genehmigungsverfahren bei der Landesdirektion in Chemnitz, durch den Anlagenbau und Betrieb des Ersatzbrennstoffwerkes erhebliche Mehrbelastungen durch Geruch, gesundheitsschädliche Schadstoffe, Verkehr und Lärm und damit eine erhebliche Einschränkung der Wohnqua-